

Niederschrift

über die **8.** Sitzung des **Jugendhilfeausschusses** am Dienstag, **19.06.2007, 16.00 Uhr**, im Mehrzweckraum des **Bürgerhauses**.

Anwesend:

stimmberechtigte Mitglieder

Dr. J. Weber, Vorsitzender
H. Enneper
T. Lorenz
U. Nickel
E. Fechtner
U. Hebrock
S. Hedderich
U. Brand
C. Schoppe
S. Stöhr
M. Schmidt
R. Schaumburg

beratende Mitglieder

J. Eifer Vertretung für M. Tissarek
G. Brocksieper

es fehlten

Dr. J. Korsten
Dr. E. Krause (entsch.)
S. Schulte
G. Haberstroh
J. Lehmann
M. Kasterke
M. Tabbert – Kaminski
G. Kalkum

von der Verwaltung

U. Butz
D. Reuß
P. Klee
C. Daum
B. Hallek
V. Grossmann (Schriftführer)

Tagesordnung:

(Öffentlicher Teil)**Änderung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende schlägt vor, dass als neuer TOP 2 Herr Fechtner als Ausschussmitglied verpflichtet werden soll.

Es bestehen keine Einwände, die Tagesordnung wird geändert.

1. Niederschrift über die 7. Sitzung vom 13. Februar 2007
2. Verpflichtung von Herrn Fechtner als neues Ausschussmitglied
3. Wahl einer/eines stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses
4. Erläuterungen zum Entwurf des „Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz)
5. Kündigung der Verträge mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen (Auswirkung aus dem Kinderbildungsgesetz – KiBiz)
6. Einrichtung eines weiteren Familienzentrums
7. Vertrag mit dem Tagesmütternetz Oberberg e.V.
8. Frühwarnsystem
9. Frühförderung
10. Erweiterung der Schulsozialarbeit an den Grundschulen
11. Kinderfreundliche Stadt (Antrag der CDU-Fraktion vom 31.5.2007)
12. Mitteilungen und Fragen

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt gemäß § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

(Öffentlicher Teil)**1. Kenntnisnahme der Niederschrift der 7. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 13.02.2007**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Niederschrift der 7. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 13.02.2007 zur Kenntnis.

2. Verpflichtung von Herrn Fechtner als neues Ausschussmitglied

Der Vorsitzende verliest die Verpflichtungsformel für Rats- und Ausschussmitglieder gem. § 67 Abs. 3 GO NW und verpflichtet Herrn Fechtner durch Handschlag.

3. Wahl einer/eines stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses

Der Vorsitzende bittet um Vorschläge.

Frau Hebrock schlägt Frau Hedderich vor.
Herr Enneper schlägt Frau Brand vor.
Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Der Vorsitzende lässt nun abstimmen.

Für Frau Hedderich stimmen 3 Mitglieder
Für Frau Brand stimmen 4 Mitglieder

Damit ist Frau Brand als stellvertretende Vorsitzende gewählt.

Der Vorsitzende fragt Frau Brand, ob Sie die Wahl annimmt. Frau Brand bejaht diese Frage.
Herr Dr. Weber gratuliert Frau Brand zur Wahl.

4. Erläuterungen zum Entwurf des „Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz)“

Frau Butz erläutert die Vorlage und geht hierbei besonders auf die Öffnungszeiten der Kitas, Finanzierungen und Kindertagespflege ein.

Es werden keine Fragen gestellt.

5. Kündigung der Verträge mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen (Auswirkung aus dem Kinderbildungsgesetz – KiBiz)

Frau Butz erläutert die Vorlage und berichtet, dass es das bisherige Modell der Finanzierungen nicht mehr geben wird.

Herr Schoppe wirft ein, dass es noch viel zu viel „wenn“ und „aber“ gibt, er schlägt vor, alles beim Alten zu belassen und wenn das neue KiBiz verabschiedet wird, neue Verhandlungen mit den freien Trägern zu führen.

Frau Butz sagt, dass dies aufgrund der Kündigungsfristen nicht möglich ist.

Herr Schoppe gibt zu bedenken, dass die freien Träger durch eine Kündigung keine Planungssicherheit haben.

Herr Lorenz erkundigt sich nach juristischen Folgen, wenn man die Verträge weiterlaufen lässt.

Frau Butz erläutert nochmals die langen Kündigungsfristen und sagt, dass die bisherigen Regelungen weiterhin gelten sollen.

Herr Schoppe sieht in einer Kündigung weiterhin den falschen Weg.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Vorlage zu ändern und dann darüber abzustimmen.

Die Vorlage soll dahingehend geändert werden, dass ein neuer Vertrag mit den gleichen Regelungen mit den freien Trägern abgeschlossen wird, dieser Vertrag soll mit Inkrafttreten des KiBiz kündbar sein.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Verträge über die Zuschüsse mit den freien Trägern der Kindertageseinrichtungen zum 31.12.2007 zu kündigen. Gleichzeitig soll vereinbart werden, dass die Verträge so lange weiter angewendet werden, bis das neue Kinderbildungsgesetz (KiBiz) in Kraft tritt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

6. Einrichtung eines weiteren Familienzentrums

Frau Butz erläutert die Vorlage und bittet Frau Daum, etwas zum Familienzentrum zu sagen.

Der Vorsitzende erteilt Frau Daum das Wort.

Frau Daum erläutert den langen und beschwerlichen Weg zum Familienzentrum, der sich aber gelohnt hat. Mittlerweile wurde dem Familienzentrum das Gütesiegel erteilt.

Herr Lorenz erkundigt sich, ob es noch Punkte gibt, die verbessert werden müssen.

Frau Daum gibt an, dass die Tagespflege ausgebaut werden muss.

Frau Butz dankt den Kolleginnen Vorort für die geleistete Arbeit. Die Anforderungen an die Mitarbeiter sind ständig gestiegen. Sie berichtet weiter, dass ein Elterncafe stattfindet, in dem Eltern eine Anlaufstelle finden.

Der Vorsitzenden fragt die Vertreter der Kita Kottenstr., ob Sie eine Erklärung abgeben möchten. Diese lehnen ab.

Frau Butz dankt der Einrichtung für das Interesse .

Herr Enneper erkundigt sich, ab wann das Familienzentrum eingeführt werden soll.

Frau Butz bestätigt den 01.08.2007.

Der Vorsitzende lässt nun über die Vorlage abstimmen.

Der Jugendhilfeausschusses beschließt auf Antrag der Evangelischen Kindergärten Radevormwald, in dem Kindergarten Kottenstraße ein weiteres Familienzentrum einzurichten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

7. Vertrag mit dem Tagesmütternetz Oberberg e.V.

Frau Butz erläutert die Vorlage und erklärt, dass es im Oberbergischen Kreis bereits ein Tagesmütternetzwerk gibt. Frau Butz führt an, dass die Ansprüche an die Tagesmütter stetig steigen und dass in einem Netzwerk eine ortsübergreifende Vermittlung von Tagesmüttern möglich sei.

Herr Lorenz erkundigt sich, ob man die Kündigungsfristen kürzen könne. Frau Butz fragt, was er sich vorstelle.

Herr Lorenz stellt sich 3 Monate zum Quartal als günstig vor. Er bringt weiterhin vor, dass die Fallpauschale in Höhe von 300 Euro geteilt werden sollte. Der ersten Teil sollte sofort gezahlt werden und der Rest nach 3 Monaten, wenn feststeht, dass Pflegemütter und Kind gut „zusammenpassen“.

Frau Butz sagt, dass dies in Ordnung ist.

Herr Lorenz fragt weiter, welche Leistungen für die 5000 Euro erbracht werden. Welche Präsenz hat das Netzwerk in Radevormwald?

Frau Butz erklärt, dass Mitarbeiter vom Netzwerk ins Familienzentrum kommen.

Herr Klee ergänzt, dass über die Medien neue Tagesmütter gesucht werden und dass die bereits vorhandenen Tagesmütter vom Netzwerk übernommen werden.

Frau Hebrock erkundigt sich, was passiert, wenn Hausbesuche von den Tagesmüttern abgelehnt werden.

Frau Butz erläutert, dass Hausbesuche zum Standard gehören und wer diese verweigert, kommt als Tagesmutter sicherlich nicht in Frage.

Frau Hebrock fragt, ob es Unterstützung bei schwierigen Fällen gibt.

Frau Butz führt an, dass sich bei den Tagesmüttern um eine Ergänzung zu den Tageseinrichtungen handelt und nicht um ein Auffangbecken für schwierige Kinder.

Herr Enneper bringt vor, dass man eine Mindestpräsenz und eine Ausbildung der Tagesmütter Vorort mit dem Netzwerk vereinbaren sollte.

Herr Dr. Weber schlägt vor, eine Mindeststundenzahl zu vereinbaren.

Frau Hebrock gibt zu bedenken, dass diese Maßnahme nicht an Geld oder Personal scheitern dürfe.

Der Vorsitzende lässt mit folgenden Änderungen über die Vorlage abstimmen.

- Von der 300 Euro Fallpauschale werden 100 Euro bei der Vermittlung und 200 Euro nach 3 Monaten an das Netzwerk gezahlt.
- Eine Mindestpräsenz von 3 Stunden Vorort soll gewährleistet sein.
- Die Kündigungsfrist beträgt 3 Monate zum Quartalsende.

Der Jugendhilfeausschusses stimmt dem Abschluss des Vertrages mit dem Tagesmütternetz Oberberg e.V. zu.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

8. Frühwarnsystem

Frau Butz erläutert die Vorlage anhand des Dormagener Modell.

Herr Enneper erklärt, dass die CDU das von der Verwaltung vorgestellte Konzept unterstützt.

Frau Hebrock stimmt dieser Äußerung zu.

Herr Nickel erkundigt sich, ob dafür mehr Personal notwendig ist.

Frau Butz erläutert, dass die Aufgaben mit dem vorhandenen Personal erledigt werden sollen. Man muss abwarten, wie sich das System entwickeln wird. In ca. einem halben bis einem Jahr wird man in der Lage sein zu erkennen, ob man mit dem vorhandenen Personal auskommt.

Der Vorsitzende bittet die Verwaltung in einem ½ bis ¾ Jahr einen Bericht über das Frühwarnsystem an den Ausschuss zu geben.

Der Vorsitzende lässt sodann über die Vorlage abstimmen.

Die Ausschussmitglieder nehmen das vorgestellte Konzept zustimmend zur Kenntnis und beauftragen die Verwaltung, die erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen und zwar unter Berücksichtigung der in der Anlage beigefügten Ansprüche und Standards an ein funktionelles Frühwarnsystem.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

9. Frühförderung

Frau Butz erläutert die Vorlage.

Herr Enneper bringt vor, dass man das Konzept nur unterstützen kann.

Frau Hebrock gibt zu bedenken, dass zu wenig Personal vorhanden sein könnte.

Herr Schaumburg schildert, dass das Bielefelder Screening bereits in mehreren Kitas angewandt wird und nicht unbedingt etwas neues ist. Er hält es für richtig, dieses Konzept umzusetzen, und dass es von Seiten der Schulen begrüßt wird.

Frau Daum gibt zu bedenken, dass Kinder nicht übertestet werden dürfen und dass es wichtig ist, bereits im Kindergarten mit der Frühförderung zu beginnen. Diese muss dann aber auch in den Grundschulen weitergeführt werden.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Jugendhilfeausschusses beauftragt die Verwaltung, das vorliegende Konzept umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

10. Erweiterung der Schulsozialarbeit an den Grundschulen

Frau Butz erläutert die Vorlage.

Herr Nickel erkundigt sich, ob die Stunden pro Klasse oder für die ganze Schule sind.

Frau Butz antwortet, dass die Stunden sich auf die gesamte Schule beziehen.

Herr Nickel fragt, ob eine Erhöhung von 2 auf 4 Stunden ausreicht.

Herr Schaumburg erläutert die Aufgaben eines Schulsozialarbeiters und merkt an, dass es mehr Stunden sein könnten, jedoch sind 4 Stunden sicherlich besser als 2 Stunden.

Frau Hebrock bringt vor, dass das Thema bereits im Schulausschuss behandelt wurde und man der Maßnahme nur zustimmen kann.

Sodann lässt der Vorsitzende über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Der Jugendhilfeausschusses beschließt, die Stunden für die Schulsozialarbeit an den Grundschulen von derzeit 2 Stunden auf jeweils 4 Stunden zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

11. Kinderfreundliche Stadt (Antrag der CDU-Fraktion vom 31.5.2007)

Herr Enneper führt aus, dass ein Konzept für eine kinderfreundliche Stadt unter Einbeziehung der Spielplätze, Schulen und Ausweisung von speziellen Baugebieten entwickelt wer-

den muss. Es soll ein Finanzkonzept für die andauernde Legislaturperiode entwickelt werden.

Herr Schaumburg merkt an, dass der Jugendhilfeausschuss nach dem KJHG der einzige Querschnittsausschuss ist. Er muss diese Möglichkeit nutzen, um das Ziel einer kinderfreundlichen Stadt zu erreichen.

Herr Lorenz erkundigt sich, was dazu notwendig ist.

Herr Schaumburg bringt vor, dass er mit den Niederschriften der anderen Ausschüsse nicht viel anfangen kann, es wäre besser, wenn der Jugendhilfeausschuss auch zu anderen Ausschüssen geladen wird, in denen relevante Themen behandelt werden. Eine Vernetzung der Ausschüsse habe bisher nicht stattgefunden.

Herr Lorenz bringt vor, dass er dieses Thema bereits zum 2. Mal in dieser Woche hört, da es schon im Stadtrat besprochen wurde. Er hinterfragt das System Ausschusswesen. Es stellt sich die Frage, ob das Ausschusswesen in der jetzigen Form geeignet ist den Veränderungen in der Jugendarbeit gerecht zu werden.

Frau Butz merkt an, dass alle Einladungen zu den Ausschüssen mit Anlagen im Intranet abgerufen werden können. Sie erläutert weiter, dass der vorhandene Arbeitskreis ein Konzept ermittelt.

Die Verwaltung berichtet hierüber in der nächsten Ausschusssitzung.

12. Mitteilungen und Fragen

Frau Butz berichtet von Beschwerden über Jugendliche von Anwohnern aus der Kotten- und Oststraße.

Herr Reuß berichtet über trinkende und randalierende Jugendliche in der Innenstadt. Er erläutert die bisher ergriffenen Maßnahmen an den jeweiligen bekannten Treffpunkten der Jugendlichen. Er trägt weiter vor, dass es Treffpunkte in den Außenbereichen sowie in der Innenstadt gibt. Seit Beginn der letzten Eiszeit sei zu beobachten, dass die Jugendlichen von den Außenorten immer mehr in die Innenstadt kämen.

Es kamen vermehrt Beschwerden von Anwohnern und Gewerbetreibenden aus der Innenstadt, dass exzessive Trinkgelage stattfinden würden.

Es wurden daraufhin Alterskontrollen durchgeführt und der Alkohol vernichtet. Bei Jugendlichen, die brandweinhaltige Alkoholika konsumiert hatten, wurden die Eltern benachrichtigt.

Die Ordnungsbehörde hat sich bei den Jugendschutzbehörden fachlichen Rat geholt, welche Möglichkeiten man hat, um Vorort dieser Entwicklung entgegenzutreten.

Es wurde auf allen öffentlichen Verkehrsflächen ein Alkoholverbot erteilt.

Es wurde weiterhin ein Flyer verteilt. Zuwiderhandlungen wurden als Ordnungswidrigkeiten behandelt und Platzverweise wurden ausgesprochen.

Das Ergebnis weiterer Kontrolle zeigte, dass weniger Jugendliche mit Alkohol angetroffen wurden.

Es fand eine Verlagerung der Treffen in die Ost-/ Schützenstr. statt. Solange die Jugendlichen sich dort benehmen, ist nichts dagegen einzuwenden.

Die Anwohner wurden aufgefordert, mitzuteilen wenn es zu Randalen oder Zerstörungen kommt, da die Ordnungsbehörde aus personellen Gründen nicht ständig vor Ort sein kann.

Ein Anwohner hat daraufhin ein Foto von Jugendlichen gemacht, die den Zaun der Kirche zerstört haben. Bei weiteren Kontrollen wurden die Namen der Randalierer bekannt, so dass die Übeltäter überführt werden konnten.

Festzuhalten bleibt, dass es kurzfristig zu keiner positiven Änderung der Situation kommen wird. Ein Erfolg durch ständige Kontrollen durch das Ordnungsamt und der Polizei wird nur mittelfristig erreicht werden können.

Er gibt weiter zu bedenken, dass es viele Eltern nicht interessiert, was ihre Kinder in der Stadt „treiben“.

Herr Dr. Weber erkundigt sich, ob neben Alkohol auch Drogen konsumiert werden.

Herr Reuß erläutert, dass dies nahe liegt, aber das momentane Hauptproblem der Alkohol sei.

Frau Butz dankt Herrn Reuß und den Mitarbeitern des Ordnungsamtes für die geleistete Arbeit.

Frau Butz führt weiter aus, dass es ein Projekt „Betreten erlaubt“ gibt, welches derzeit in der Arbeitsgruppe behandelt wird.

Frau Hallek erläutert kurz das Projekt, für das es auch Zuschüsse gibt.

Die Internetadresse zu dem Projekt lautet:

www.betreten-erlaubt.de

In der nächsten Sitzung soll hierzu ein Tagesordnungspunkt eingerichtet werden.

Frau Hebrock gibt zu bedenken, dass es nicht genügend Flächen für Jugendliche gibt, an denen Sie sich treffen können, wenn Sie nicht in eine Gaststätte gehen wollen. Dabei gebe es Leerstand in dem Gebäude Holzmann und in Schulen.

Herr Reuß schildert, dass Jugendliche keine Angebote für Flächen annehmen. Sie wollen selbst entscheiden, wo sie sich treffen.

Herr Enneper berichtet, dass er von mehreren Leuten in der Oststr. dahingehend angesprochen wurde, dass die Polizei und das Ordnungsamt angeblich nichts gegen die Jugendlichen unternimmt.

Herr Reuß nimmt dazu Stellung und betont, dass die Polizei und das Ordnungsamt nachhaltig diesen Bereich kontrollieren. Es wurde zudem in dem Verbindungsweg zwischen der Schützen- und Kottenstr. ein Poller eingesetzt, damit die nächtlichen Autofahrten unterbleiben.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob es absehbar ist, wann die Jugendräume nach dem Wasserschaden wieder öffnen.

Frau Hallek berichtet, dass der Estrich noch nicht fertig sei. Im Anschluss daran muss noch der Bodenbelag verlegt werden, so dass noch kein Termin genannt werden kann.

Herr Schaumburg erkundigt sich, ob die Zahlen der Sprachstandserhebung für Radevormwald schon vorliegen.

Frau Butz verneint und verweist auf die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Frau Daum berichtet hierzu, dass in der Kita 24 Kinder getestet wurden. Hievon kamen 16 in die 2. Stufe. Danach blieben noch vier Kinder übrig. In 2 von den 4 Fällen konnten die Eltern zur Mitarbeit motiviert werden.

Herr Enneper erkundigt sich, ob Gelder zur Sanierung der Spielplätze vorhanden sind, da eine Schule (THG) in Projektarbeit festgestellt hat, dass es hier großen Handlungsbedarf gibt.

Frau Butz weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss nicht der zuständige Ausschuss für dieses Problem ist.

Es gibt aber nicht genug Geld, um die teilweise maroden Spielgeräte zu ersetzen.

Frau Brand erkundigt sich, ob man nicht die Öko- Initiative mit der Instandhaltung der Spielplätze beauftragen kann.

Frau Butz erwidert, dass es nicht um Instandhaltungen, sondern um den Austausch von maroden Spielgeräten geht.

Es soll ein Tagesordnungspunkt zur nächsten Sitzung eingerichtet werden, zudem ein Vertreter der Schule geladen werden soll.

Der Vorsitzende schließt um 17.49 Uhr die Sitzung.

Dr. Jörg Weber
Vorsitzender

Volker Grossmann
Schriftführer